



2004

TS
BERICHTET

Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer
Bund/Länder/Gemeinden

Berlin, den 29.09.2004
Nr. 86/04

Neugestaltungsprozess wird fortgesetzt

Wir wurden soeben über den heutigen Beschluss der Mitgliederversammlung der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) informiert, der folgendes zum Inhalt hat:

1. Die Verhandlungen zur Neugestaltung des Tarifrechts des öffentlichen Dienstes (TVöD) werden mit dem Ziel eines erfolgreichen Abschlusses fortgesetzt.
2. Die Mitgliederversammlung erkennt an, dass wichtige Teile der essentiellen Punkte, die das Präsidium in seiner Sitzung am 21. April 2004 als Vorgaben für die weiteren Verhandlungen beschlossen hat, erreicht werden konnten. Die Gewerkschaften werden allerdings mit unveränderter Dringlichkeit aufgefordert, die noch ausstehenden Themen und Dissenspunkte weiter zu verhandeln, um sie bis zum vereinbarten Termin 31. Januar 2005 abzuschließen bzw. einigungsfähig für die Lohn- und Vergütungsverhandlungen 2005 vorzubereiten.
3. Die Mitgliederversammlung erwartet, dass das Volumen der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit spätestens in der Lohn- und Vergütungsrunde 2005 geregelt wird.

Sie wird dazu ggf. auch Kündigungen aussprechen

4. Die Mitgliederversammlung erwartet als Ergebnis der Lohn und Vergütungsrunde 2005 die Gesamteinigung über die Neugestaltung des Tarifrechts des öffentlichen Dienstes.
5. Die VKA erwartet, dass es keine Kündigung der Lohn- und Vergütungstarifverträge durch die Gewerkschaften gibt.

Für den Fall, dass die Gewerkschaften die Lohn- und Vergütungstarifverträge kündigen, wird die VKA auch ihre Kündigungsmöglichkeiten ergreifen.

Das bedeutet, dass wir im Rahmen des Neugestaltungsprozesses mit Bund und Kommunen weiter verhandeln, um im Rahmen der vereinbarten Zeitschienen zu wesentlichen Ergebnissen im Sinne der angestrebten Gesamteinigung zu kommen.

Wir erwarten aber auch, dass nun im Zuge des weiteren Prozesses die von uns eingeforderten strukturellen Vorstellungen für unsere Beschäftigten erzielt werden können.

Der Prozess mit Bund und Kommunen wird fortgesetzt!

Der Druck auf die Länder muss jetzt erhöht werden!